



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 284.19 / 24.06.2019**

## Jetzt braucht es Aufklärung, ob auch Sparkassen in Schleswig-Holstein ihr Geld mit Cum/Cum-Deals verdienten

Zu den heutigen Berichten von Handelsblatt und Tagesschau über die Beteiligung von Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken an den Cum/Cum-Deals sagt der finanzpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Lasse Petersdotter**:

Dass Volks- und Raiffeisenbanken und sogar Sparkassen sogenannte Cum/Cum-Deals getätigt haben, ist gegenüber all den organisierten Betrügereien in der Finanzwelt, die in den letzten Jahren bekannt wurden, noch mal eine neue Qualität. Selbst bei Instituten, die der öffentlichen Hand gehören, ist es offenbar branchenüblich, durch Steuervermeidung Rendite zu erwirtschaften.

Zur Erinnerung: Bei den Cum/Cum-Geschäften werden Wertpapiere zum Dividendentag mittels verschiedener Methoden an Akteur\*innen veräußert, die weniger oder gar keine Steuern darauf zahlen müssen und direkt danach zurückerworben. Die Steuerersparnis teilen beide unter sich auf. Dies ist in vielen - wenn auch leider noch nicht in allen - Fällen illegal, nämlich wenn das Geschäft maßgeblich dem Zweck dient, Steuern zu umgehen, ohne einen eigenständigen wirtschaftlichen Sinn zu ergeben.

Sparkassen gehören der öffentlichen Hand und sind dem Gemeinwohl verpflichtet, doch mit solchen Geschäften wird das Gemeinwesen unmittelbar betrogen. Es macht fassungslos, mit welcher Selbstverständlichkeit das geschieht. Sogar eine Landesbank hat Sparkassen solche Geschäfte angeboten: Eine Bank, die den Steuerzahler\*innen gehört, rät einer anderen Bank, die den Steuerzahler\*innen gehört, die Interessen der Steuerzahler\*innen zu hintertreiben.

Nicht viel weniger skandalös sind solche Vorgänge bei Volks- und Raiffeisenbanken, die immerhin genossenschaftlich organisiert sind und ihr Geschäftsmodell selbst als

„regional und vernunftorientiert“ bezeichnen.

Inwieweit es auch in Schleswig-Holstein Cum/Cum-Deals von Sparkassen gegeben hat, muss dringend aufgeklärt und das erbeutete Steuergeld, soweit rechtlich möglich, zurückgefordert werden.

Ich fordere unsere Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken auf, zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen. Wir werden auch die parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um diese Fragen zu klären.

\*\*\*